

Proletarier

aller Länder, vereinigt Euch!

<p>WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.</p>	<p>Zweimonatszeitung der IKP</p>	<p>Nr. 11 — Nov./Dez. 1980</p>	<p>Preis: 50 Pfg.</p>
--	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------

BEDEUTUNG UND LEHREN DES MILITÄRPUTSCHES IN DER TÜRKEI

Die Straffung der bürgerlichen Terrorordnung und die Falle des demokratischen Antifaschismus

In der Türkei wütet die bürgerliche Repression nunmehr in ihrer organisiertesten und zentralisiertesten Form. Da es den zerstrittenen parlamentarischen Parteien der türkischen Bourgeoisie nicht einmal mithilfe ihrer Terrorbanden und der Verhängung des Kriegsrechts über weite Teile des Landes gelang, das schwellende soziale Pulverfaß zu löschen, mußte einmal mehr die bürgerliche Armee als Tragsäule des türkischen Staates die Regierungsgewalt unmittelbar übernehmen, um Friede und Ruhe in den Betrieben, den proletarischen Stadtvierteln und auf dem Lande herzustellen.

Das erdrückende Gewicht des Imperialismus - verbunden mit den rückständigen Strukturen (insbesondere auf dem Lande) - erzeugt in Ländern wie der Türkei dialektisch sowohl einen Drang zur Zentralisierung der ökonomischen und politischen Macht (z.B. Schaffung von Planungsgremien, die imperialistischen Institutionen wie dem internationalen Währungsfonds und der Weltbank direkt untergeordnet sind) als auch starke zentrifugale Tendenzen innerhalb der lokalen besitzenden Klassen. Daraus ergibt sich eine Anarchie in der Sphäre der bürgerlichen Politik, die zur so oft beklagten relativen Lähmung des Staatsapparates führt. Der soziale Kampf, der, angetrieben von der Krise, im letzten Jahrzehnt und vor allem in den letzten Jahren einen Aufschwung erfahren hat, neigt - auch wenn er über keine klassenmäßige politische Führung verfügt - spontan dazu, sich die Zerstrittenheit der Bourgeoisie zu nutzen zu machen.

Die parlamentarischen Parteien und Politiker sind Vermittler der verschiedenen bürgerlichen Interessen. Gelingt es ihnen nicht, diese Interessen demokratisch miteinander in Einklang zu bringen, so muß angesichts der sozialen Gefahren eine Disziplin der bürgerlichen Reihen von oben durchgesetzt werden. Die so verrufene Türkeipartei MHP war trotz ihrer "Grauen Wölfe" nicht imstande, die Rolle einer faschistischen Partei zu erfüllen, d.h. die politische Zersplitterung der Bourgeoisie abzuschaffen. Und wie die Ereignisse von Karamanaras und von Izmir bewiesen, waren ihre Terrorbanden als Flankenschutz der Demokratie ebensowenig in der Lage, die soziale Bewegung zurückzudrängen. Wie alle anderen bürgerlichen Parteien hat die MHP zunächst versagt. Es blieb nur die

Armee. Mit eiserner Faust entbanden die Militärs die parlamentarischen Parteien ihrer Verantwortung für den kapitalistischen Staat und übernahmen selbst die Aufgabe, die allgemeinen Interessen der kapitalistischen Ordnung in der Türkei zu wahren. Wenn die Armee ihrerseits zwar vorübergehend die bürgerlichen Fraktionen disziplinieren kann, so nicht weil sie fähig wäre, die materiellen Ursachen für die Zersplitterung abzuschaffen, sondern weil sie eine zentralisierte materielle Kraft darstellt, die zudem dem Kommando der NATO untersteht und die vorbehaltlose Unterstützung des westlichen Bündnisses genießt. Den Militärs kommt immer wieder die Rolle zu, im Interesse der imperialistischen Ordnung und des türkischen Kapitals den Boden für die Wiederherstellung der parlamentarisch-demokratischen Ordnung vorzubereiten - Demokratie und Militärputsch bedingen sich wechselseitig, sind zwei Instrumente, um die Macht der Bourgeoisie gegen das Proletariat verschärft auszuüben.

Die historische Bilanz des demokratischen Antifaschismus und seiner verheerenden Auswirkungen auf das Proletariat wird im Lichte der türkischen Entwicklung erneut bestätigt. Das türkische Proletariat verspürt heute wieder am eigenen Leibe, wozu der mit demokratischen Zielen und demokratischen Methoden geführte Kampf gegen den bürgerlichen Terror führt: zur politischen und physischen Entfremdung der Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie.

Zwar verbergen sich hinter dem demokratischen Antifaschismus verschiedene Taktiken (vom lammfrommen Pazifismus der Anhänger der rein parlamentarischen Methoden bis hin zum individuellen Terrorismus). Jenseits der Verschiedenheit der Taktiken, auch der radikalsten, die durchaus ein Symptom revolutionärer Bestrebungen sein können, kennzeichnet sich der "Antifaschismus" dadurch, bewußt oder unbewußt eine bürgerliche Alternative gegen eine andere zu verteidigen und das Proletariat als Hilfskraft für eine solche "Alternative" einzuspannen. Von welchem Radikalismus man auch immer ausgehen mag, man landet immer am selben Endpunkt: der offenen oder versteckten Einheitsfront mit bürgerlichen Kräften, d.h. letztendlich der Unterwerfung des Proletariats unter die Interessen der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung, dem Verzicht auf alle seine Klassenziele und auf alle seine spezifischen Kampfmethoden.

Der Kampf des Proletariats gegen die be-

waffneten Banden der Bourgeoisie und den Militärterror kann nur Erfolg haben und zu einem Bestandteil des revolutionären Kampfes werden, wenn er gleichzeitig und entschlossen antidemokratisch ist.

Dies gilt zunächst auf der Ebene des proletarischen Selbstschutzes, der durch demokratische Rücksichten einerseits gelähmt, andererseits zugunsten eines bürgerlichen Flügels mißbraucht werden würde, statt einen Stützpunkt für die revolutionäre Zusammenfassung der Proletarier darzustellen. Dies gilt aber umso mehr auf der Ebene des revolutionären Kampfes, dessen Ziel darin liegt, die ganze Staatsmaschinerie, einschließlich ihrer demokratischen und parlamentarischen Institutionen gewaltsam zu zerschlagen, um eine Diktatur des Proletariats zu errichten, ohne die das Proletariat sich nicht befreien kann. Und der revolutionäre Kampf des Proletariats ist nicht zuletzt antidemokratisch, weil das Proletariat nur dann revolutionär auftreten kann, wenn es die Eroberung seiner Klasseneinheit und seiner selbständigen politischen Organisation über die nationalen Grenzen hinweg in den Vordergrund stellt.

Mit diesem wesentlichen Punkt hängt die besondere Verantwortung der Proletarier in den imperialistischen Metropolen - und im Hinblick auf die Türkei vor allem der deutschen Proletarier - aufs engste zusammen. Bürgerlicher Terror und demokratischer Betrug in der Türkei dienen nicht zuletzt auch dem Interesse der deutschen Bourgeoisie und werden von ihr tatkräftig unterstützt. Dabei besteht ein Teil der Arbeiterklasse in Deutschland aus türkischen Proletariern, die völlig entrechtet sind und besonders unterdrückt werden. Die wachsende Repression in der Türkei wird begleitet durch eine weitere Schließung der deutschen Grenzen und eine Verschärfung des Asylrechts. Im Kampf gegen den deutschen Imperialismus und den hiesigen Staat besteht die Solidarität mit dem Proletariat in der Türkei. Und auf unmittelbarer Ebene äußert er sich im Kampf gegen jede Diskriminierung der ausländischen Arbeiter in Deutschland und insbesondere gegen jede Einwanderungseinschränkung bzw. -kontrolle.

Für die Entstehung und Organisation dieser Solidarität zu arbeiten, ist eine wesentliche praktische Aufgabe der Partei. Dadurch wie durch ihre Bemühung, sich auf das revolutionäre Potential der Arbeiteremigration - diesen proletarischen Brückenkopf zwischen den Ländern und Konti-

Unverdaulicher Kapitalismus

Wir zeigten in dem Artikel "Marxismus und bürgerliche Wissenschaft" (programm kommuniste, Nr. 43-44, Jan. 69) unter anderem, daß "es heute keine Ernährungswissenschaft gibt, weil man sie nicht sucht, weil sie zu nichts nütze wäre. In der Tat, was wir zu essen kriegen, ist bestimmt durch die Gesetze der kapitalistischen Produktion. Der Kapitalismus fordert von der Wissenschaft nur soviel Kenntnisse, wie zur Verhinderung von zerstörerischen Auswüchsen, die ihm seiner Arbeitskräfte berauben würden, nötig ist. Ansonsten ist es die Wirtschaft, die entscheidet!"

Die Logik des Kapitalismus, der Produktion für den Profit, erfordert eine immer größere Verseuchung unserer Nahrung und allgemein unserer Umwelt. Damals zitierten wir den Direktor einer Tierarztschule, der sich insbesondere über die Benutzung von Antibiotika und Hormonen bei der Viehzucht beklagte. Da, wie die Süddeutsche Zeitung zynisch schrieb, "der Mensch im Gegensatz zum Schwein sehr robust" ist - "Ein Schnitzel wirft ihn nicht um", werden die Massen immer mehr vergiftet. Auch der jetzige "Skandal" kann höchstens dazu führen, daß der Staat, um akute Gefahren für den Bestand der Arbeitskraft abzuwenden, einzelne Kapitalisten zugunsten des Gesamtkapitals zurückpfeift.

Eine Antwort auf die Verseuchung der Nahrungsmittel kann aber auch nicht in einer sogenannten "alternativen" Ernährung liegen. Letztere kann niemals eine Lösung für die breiten Massen bieten, die auf die industrielle und großkapitalistische Produktion angewiesen sind. Und schließlich ist es zweifelhaft, ob die Ernährung durch Müsli, Hirsebrei usw. unserer heutigen Lebensweise angemessen ist. Auch die "Alternativen" haben keine Ernährungswissenschaft!

Die "bösen" Praktiken von Agrarkapitalisten, Pharmaindustrie und korrupten Staatsbeamten sind selber nur eine Folge des Kapitalismus. Eine Lösung liegt nur in der Zerstörung dieser wirklich unverdaulichen Gesellschaftsordnung.

nenten - zu stützen, um den Marxismus in die Reihen des türkischen Proletariats einzuführen, werden unerläßliche Voraussetzungen für die internationale Organisation des Proletariats zur selbständigen Klassenpartei geschaffen, für eine internationale revolutionäre Führung des Proletariats im Hinblick auf die Weltrevolution und den Kommunismus. Und gerade hier liegt die Bedingung, damit die proletarischen Massen endgültig mit den verschiedenen Spielarten des bürgerlichen und kleinbürgerlichen antifaschistischen Opportunismus Schluß machen und nicht wehrlos dem demokratischen oder faschistischen bürgerlichen Terror ausgeliefert werden, sondern den Sieg erringen.

An unsere Leser

Wir müssen die Leser und Sympathisanten, die mit uns Kontakt aufnehmen oder Publikationen bestellen möchten, darauf hinweisen, daß die in unseren Schriften bisher angegebene Kontaktanschrift für Deutschland nicht mehr die Anschrift unserer Organisation ist. Die neue Anschrift lautet:

Gert Eichhorn
Postfach 301 730
D-1000 Berlin 301
(siehe auch Seite 4)

KOMMUNISTISCHES PROGRAMM
Nr. 25/26 Juli 1980
Inhalt

Das Zeitalter der Kriege und der Revolutionen
Die Kommunistische Partei Italiens und die faschistische Offensive (1921 bis 1924). IV. abschließender Teil
Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in Indochina
Die Bildung des vietnamesischen Nationalstaates
Nationale Revolution und Untergang Kambodschas
Entwicklung und Rolle des kleinbürgerlichen Antifaschismus am Beispiel der FSLN in Nicaragua

Staatsverschuldung oder wessen Vater »Vater Staat« ist

In letzter Zeit gibt es ein großes Geschrei um die Staatsverschuldung. Es dreht sich dabei allein um die Frage, ob der Staat zu hoch verschuldet sei, so daß er in Zeiten der Zuspitzung der Krise nicht mehr in der Lage ist, sich weiter zu verschulden, um seine Ausgaben zu bestreiten. Ein Großteil der Kapitalistenklasse wirft dem Staat eine zu hohe Verschuldung im Boom vor, während die Verschuldung selber kein Gegenstand der Diskussion ist, was sie auch nicht sein kann, da Kapitalismus und Staatsschuld untrennbar miteinander verbunden sind: "Die Staatsschuld, d.h. DIE VERÄUSSERUNG DES STAATS - ob despotisch, konstitutionell oder republikanisch - drückt der kapitalistischen Ära ihren Stempel auf. Der einzige Teil des sogenannten Nationalreichtums, der wirklich in den Gesamtbesitz der modernen Völker eingeht, ist - die Staatsschuld. Daher ganz konsequent die moderne Doktrin, daß ein Volk um so reicher wird, je tiefer es sich verschuldet."

Der öffentliche Kredit wird zum Credo des Kapitals." (Marx, "Das Kapital" Bd.1, MEW 23, S.782, Hervorhebung von uns)

Aber ist es denn nicht eigenartig, daß bei der laufenden Diskussion nie die Fragen gestellt werden, 1. bei wem sich der Staat denn eigentlich verschuldet, und 2. wofür er sich verschuldet. Der Staat verschuldet sich bei den Kapitalisten. Und wie bei jeder Kreditvergabe sich der Schuldner vom Gläubiger abhängig macht, so auch im Falle der Staatsverschuldung.

Der Staat ist nicht nur politisch der Interessenvertreter der Kapitalisten, sondern auch in ökonomischer Hinsicht vollkommen vom Kapital abhängig, was jede reformistische Perspektive eines "besseren Staates" sofort zerstört. Die Staatsschuld ist "die Veräußerung des Staates" an die Kapitalisten.

Und wofür verschuldet sich der Staat, was sind die Ausgaben des Staates? Da ist einmal neben der Verwaltung die Sicher-

ung des sozialen Friedens (Repressionsorgane, Zuschüsse für das "soziale Netz"), zweitens der ökonomische und militärische Kampf gegen die ausländischen Kapitalisten, und drittens das Geld, was direkt wieder an die Kapitalisten zurückfließt (Subventionen aller Art). Der Staat verschuldet sich also für das Kapital und zahlt gleichzeitig dem Kapital Zinsen für das Geld, was für die Verteidigung seiner Interessen zur Verfügung gestellt wird. Doppelter Vorteil für das Kapital!

Und woher kommt das Geld für die Ausgaben des Staates? Es ist einerseits ein Teil des Mehrwerts, welcher dem Proletariat abgepreßt wurde, andererseits, und das zum größten Teil, eine direkte Schröpfung des Proletariats (Lohnsteuer, indirekte Steuern). Der Staat existiert nur auf Kosten des Proletariats und gegen dieses. "Vater Staat" ist der "Vater" des Kapitals, und die Interessen des Proletariats erfordern seine restlose Zerstörung.

Die UdSSR ist ganz und gar imperialistisch

Die Ereignisse in Afghanistan haben einen Streit darüber ausgelöst, wie der russische Einmarsch zu bewerten ist und welche Natur der russische Staat und seine Außenpolitik sind. Es geht also um die Frage, ob die UdSSR imperialistisch ist. Der Trotzismus hat darauf einmütig mit Nein geantwortet. Eine bejahende Antwort hätte in offenem Gegensatz zu seiner "Verteidigung der UdSSR" gestanden. So führt z.B. eine französische trotzkistische Gruppe die folgenden zwei Hauptargumente ins Feld: Das erste ist die Verneinung des Kapitalismus in der Sowjetunion (dieses Argument hat unsere Partei in zahlreichen Arbeiten widerlegt, und wir wollen uns hier nicht damit aufhalten); das zweite besteht darin zu leugnen, daß die UdSSR "neue Investitionsfelder" für ihr Kapital nötig hätte (ein "Sozialismus", der über Kapital verfügt und es überdies nicht exportieren mag - das ist schon eine theoretische Perle des Trotzismus!). Daraus folgert man dann, daß "die UdSSR nicht denselben wirtschaftlichen Notwendigkeiten wie der Imperialismus unterworfen ist" (1). Die Schlußfolgerung ist offensichtlich: Die eigentliche Ursache für Kriege liegt einzig und allein im westlichen Imperialismus. Rußland ist von dieser Sünde von vornherein freigesprochen.

Das Problem, um das es hier geht, ist vor allem, wie man die Frage stellt, ist die Frage der *materialistischen Methode*. Ist es vom marxistischen Standpunkt aus zulässig, ein Land *isoliert* zu betrachten, wenn man Erscheinungen von weltweitem Ausmaß, wie den Imperialismus, untersuchen will? Natürlich nicht. Was den dialektischen Materialismus kennzeichnet, ist das Studium der Erscheinungen in ihrer *wechselseitigen* Beziehungen und ihrer *historischen Entwicklung*. Hierfür können wir uns auf Trotzki selbst beziehen, der das Wesen des zaristischen Eingriffs im ersten Weltkrieg folgendermaßen erklärt: "Die Beteiligung Rußlands am Kriege war den Motiven und Zielen nach widerspruchsvoll. Der blutige Kampf ging im wesentlichen um die Weltherrschaft. In diesem Sinne überstieg er Rußlands Kraft. (...) Gleichzeitig aber konnte Rußland als Großmacht der Rauferei der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder nicht fernbleiben, wie es sich in der vorangegangenen Epoche auch der Einführung von Fabriken, Eisenbahnen, Schnellfeuergeschützen und Flugzeugen nicht hatte verschließen können. Der unter den russischen Historikern der neuesten Schule (man könnte hinzufügen: und den Trotzisten von heute - IKP) nicht seltene Streit, in welchem Maße das zaristische Rußland für die moderne imperialistische Politik reif gewesen wäre, verfällt häufig in Scholastik, denn sie betrachten Rußland in der Weltarena isoliert, als selbständigen Faktor. Indes war es nur das Glied eines Systems. (...) Rußland bezahlte damit das Recht, mit fortgeschrittenen Ländern im Bundes zu sein, Kapital einzuführen und Prozente dafür zu zahlen, das heißt im wesentlichen das Recht, eine privilegierte Kolonie seiner Verbündeten zu sein; aber gleichzeitig auch das Recht, die Türkei, Persien, Galizien, überhaupt alle Länder die schwächer und rückständiger waren als es selbst, zu knebeln und zu plündern. Der zwiespältige Imperialismus der russischen Bourgeoisie trug in seinem

Kern den Charakter einer Agentur anderer gewaltigerer Weltmächte." ("Das zaristische Rußland im Kriege", *Geschichte der russischen Revolution*, 1. Teil, Frankfurt/Main 1973, S.24)

Die Ausführungen Trotzki sind von bestechender Klarheit. Zunächst muß man untersuchen, wodurch der Kapitalismus und die Weltpolitik des Imperialismus bestimmt werden; danach kann und muß man das Wesen der politischen Aktion eines gegebenen Staates analysieren. Die Politik des Zarismus während des ersten Weltkrieges und die der russischen Bourgeoisie nach dem Februar 1917 (deren Wirtschaft für sich genommen übrigens keinen Kapitalexpert nötig hatte, wie dies für den Kapitalismus in seiner senilen Phase gilt) kann nur erklärt werden im Zusammenhang mit den internationalen Gegebenheiten und der internationalen Politik des Imperialismus. Genauso, wie die Aktion des zaristischen Staates seit seinen Anfängen mit Peter dem Großen nicht durch die Bedürfnisse der feudalen und patriarchalischen russischen Wirtschaft erklärt werden kann, sondern vielmehr als Reaktion auf und im Zusammenhang mit dem sich im westlichen Europa ausdehnenden *internationalen Kapitalismus*. Die Bedürfnisse des Staates trieben die Monarchie zu ihrer Großmachtspolitik, zu ihrer Politik der Annexionen und der Expansion; die Erfordernisse der militärischen Verteidigung trieben den Zarismus zu unzähligen Kriegen, um sich den Weg zum Balkikum zu öffnen und um die Dardanellen unter seine Kontrolle zu bringen.

Es ist richtig, daß "das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens" ist. Aber genauso richtig ist, daß, "wenn nun jemand das dahin verdrängt, das ökonomische Moment sei das EINZIG bestimmende, (...) er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase verwandelt. Denn die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus - politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate (...) - üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus." (Engels an J. Bloch, 21. Sept. 1890)

Der Stalinismus liquidierte die bolschewistische Partei und die internationale Lenins und folglich die proletarische Diktatur in Rußland, indem er aus dem sowjetischen Staat den Agenten der kapitalistischen Entwicklung Rußlands und seiner nationalen Interessen machte. So kann die Beteiligung des russischen Staates am 2. Weltkrieg nur im Zusammenhang mit den interimperialistischen Gegensätzen und, in diesem internationalen Rahmen, mit dem Schutz seiner rein nationalen Interessen erklärt werden. Gewiß brauchte das stalinistische Rußland während seiner ungestümen Industrialisierung kein Kapital zu exportieren. Seine Beteiligung am Krieg erfolgte aber quasi mechanisch, weil eine Großmacht sich nicht aus einem Weltkrieg um die Aufteilung der Welt heraushalten kann. Die Art und Weise dieser Beteiligung wird nicht nur durch die eigenen Bedürfnisse bestimmt, sondern auch durch die Politik der großen kriegführenden Länder.

Das Bündnis zwischen der UdSSR und Nazi-

Deutschland gestattete es Rußland, sich von den Fronten einer Schlacht, auf die es nicht wirklich vorbereitet war, fernzuhalten und außerdem seine historische Politik der Annexionen in Mitteleuropa, die der zaristische (und nach der Februarrevolution der bürgerlich-demokratische) Staat schon vorher praktiziert hatte, fortzusetzen (Teilung Polens, Einverleibung der baltischen Länder etc.) Der Bruch erfolgte vonseiten Deutschlands. Darauf kam es zum russisch-amerikanischen Bündnis, und zwar aufgrund sich ergänzender Interessen der beiden Alliierten im Rahmen einer internationalen imperialistischen Politik: Die UdSSR sorgte für das Kanonenfutter, das sich aus zig Millionen Proletariern Rußlands und anderer Länder rekrutierte, und garantierte mit Hilfe der Politik ihrer Agenten, den nationalen KP's, den sozialen Frieden in den verbündeten Ländern. Die USA lieferten das Kapital, die Lebensmittel und die Kanonen. Angesichts des imperialistischen Krieges gibt es keinen dritten Weg: Entweder man beugt sich und nimmt an der Politik der großen imperialistischen Blöcke teil oder man beschreitet den Weg der proletarischen Revolution, der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Rußland war schon zum Vollstrecker der Liquidierung dieses revolutionären Weges geworden und nahm im Rahmen der Entwicklung des Kampfes zwischen Deutschland und England in der ersten Phase des Krieges und danach zwischen Deutschland und USA/Großbritannien am imperialistischen Krieg teil.

Rußland hatte am 1. Weltkrieg als schwacher Verbündeter der fortgeschrittenen Länder teilgenommen und daraus das Recht abgeleitet, die noch schwächeren Länder zu unterdrücken. Es nahm am zweiten teil aufgrund von nationalen Erfordernissen und erlangte so das Recht, sich ein *Glaucis* aufzubauen (wonach es bereits seit Jahrhunderten strebte), um seine militärischen Bedürfnisse zu befriedigen. Dies gelang ihm durch die Schaffung einer "eigenen Einflußzone". Aufgrund dieser Einflußzone konnte Rußland während der ersten Nachkriegsjahre eine wirtschaftliche Plünderung in großem Maßstab erfolgreich durchführen, um die eigene ökonomische Leistungsfähigkeit wiederherzustellen, und später seine politische Vorherrschaft durch Wirtschaftsbeziehungen ergänzen, die auf "ungleichen Verträgen" beruhten.

Rußland wurde so zu einem *sehr wichtigen Kettenglied* des Weltimperialismus. Die internationale historische Entwicklung, die das Ergebnis des zweiten Weltkrieges entscheidend beeinflusste und die, in letzter Instanz, aus den grundlegenden Tendenzen des Kapitalismus in der imperialistischen Epoche resultierte, hat die imperialistische Eingliederung Rußlands entscheidend bestimmt.

Der Leser findet in der Artikelreihe "Die Entwicklung der imperialistischen Gegensätze seit dem 11. Weltkrieg" in *Kommunistisches Programm Nr. 19* den allgemeinen Rahmen für die Geschichte der russischen Politik als Bestandteil der inter-imperialistischen Beziehungen. Der Einmarsch in Afghanistan, welches sich außerhalb des russischen Machtbereichs befand, geht vor allem auf politisch-

militärische Ursachen zurück: Der direkte Zugang zu den westlichen Erdölwegen und -quellen stellt im Hinblick auf den kommenden Weltkonflikt einen entscheidenden Faktor für die Druckausübung auf die westeuropäischen Länder und Japan und für die Konkurrenz mit den USA dar (2)

Indem sie sich mit einer eigenen politisch-wirtschaftlichen Einflußzone versah, hat die UdSSR also günstigere Bedingungen geschaffen, um die Industrialisierung im eigenen Land zu beschleunigen. Damit schuf sie auch die Bedingungen für eine rasche Entwicklung ihrer inneren Tendenzen, die, zu einem bestimmten Zeitpunkt der kapitalistischen Entwicklung, zum imperialistischen Kapitalismus führen (die ursprüngliche Akkumulation in England und Frankreich und die imperialistische Verwandlung dieser Länder hatte sich übrigens auch auf die Ausbeutung und Unterdrückung anderer Länder gestützt). Hier ist nicht der Ort, um die wirtschaftlichen Beziehungen des russischen Kapitalismus zu seinen "Satelliten" die tendenziell dieselben für den Imperialismus typischen ökonomischen Merkmale aufweisen müssen, in Einzelnen zu untersuchen. Wir haben bereits andersorts gezeigt (3), daß diese-natürlich erst entstehenden-Tendenzen in den Beziehungen der UdSSR zu Afrika zutage treten. Und der Waffenverkauf an Ägypten, der Bau des Assuan-Staudamms, der Verkauf von ganzen Fabriken an China in einer längst vergangenen Periode der Harmonie ist das kein Kapitalexport? Die Tatsache, daß es bei allem ein strategisch-militärisches Kalkül gab, ändert nichts an der Sache: die Politik ist auch ein Faktor, der auf die Wirtschaft einwirkt, indem er die historische Entwicklung selbst beschleunigt (so ergab sich 1914 in Deutschland der Sprung zum Staatskapitalismus aus den Kriegsanstrengungen).

Um das Proletariat auf den revolutionären Defätismus vorzubereiten, genügt es letztendlich nicht, den kapitalistischen Charakter der UdSSR darzulegen. Man muß sie darüber hinaus als einen Grundpfeiler des weltweiten imperialistischen Systems anprangern.

(1) Wir zitieren hier aus "Lutte de classe", theoretisches Organ von Lutte ouvrière. Es ist dabei zu beachten, daß sich LO, ähnlich wie hier der Spartacusbund, noch relativ zurückhaltend zeigt, während die anderen trotzkistischen Organisationen dieselben Argumente in zugespitzter Form verwenden.

(2) Daß die russische Intervention in Afghanistan einen rein imperialistischen Charakter trägt, wurde im Übrigen von einem russischen Staatsmann selbst offen zugegeben. So setzte Walentin Falin, ehemaliger Sowjetbotschafter in Bonn und graue Eminenz der russischen Außenpolitik in einem Interview mit der SZ, 19/20 4. 80 den russischen Eingriff in Afghanistan mit der Intervention Frankreichs, Belgiens usw. in Zaire gleich: "In Zaire war das gerechtfertigt. Warum ist das in Afghanistan anders? Ich sehe da keinen prinzipiellen Unterschied, höchstens einen quantitativen."

(3) vgl die Reihe "L'Afrique, proie des impérialismes" in *programme communiste* Nr. 76,77,79 und 81

Reichsbahnerstreik in Westberlin

Notwendigkeit einer proletarischen Kampffront

Der Streik der Reichsbahner in Westberlin für bessere Löhne, bessere Sozialleistungen, gegen Entlassungen und gegen die wachsende Arbeitslast wurde durch Gewalt und Demagogie des Ostens und des Westens erwürgt. Obwohl die Streikenden spontan zu dem klassischen Kampfmittel des unangekündigten und unbefristeten Streiks griffen, obwohl sie durch Kampfmaßnahmen wie die Besetzung der Stellwerke versuchten, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, konnten sie sich nicht durchsetzen und die Bewegung brach in der Isolierung zusammen.

Die Westberliner Reichsbahner sind aufgrund der Tatsache, daß sie in einem Betrieb eines anderen Staates arbeiten, ein ohnehin besonders isolierter und entrechteter Teil des westdeutschen Proletariats. Gerade solche Schichten der Arbeiterklasse bedürfen einer besonderen Solidarität, wenn sie in den Kampf treten. Dies gilt umso mehr, als die in der DDR lebenden Reichsbahner, deren Einbeziehung in den Streik diesem eine erhöhte Schlagkraft gegen die Reichsbahn verliehen hätte, ihrerseits aufgrund des vorhandenen Polizeidrucks noch schlechtere Kampfbedingungen haben, als die Kollegen, die im Westen wohnen.

Der Streik stellte also zwei wesentliche Fragen. Die eine - auf die wir hier nicht eingehen werden - ist die nach den Voraussetzungen für die Erringung eines Kampfraums

für die Arbeiterklasse in der DDR. In dieser Hinsicht sei hier nur vermerkt, daß das Proletariat in der DDR sich diesen Kampfraum nur durch den eigenen selbständigen Kampf und durch die Unterstützung seitens des Proletariats anderer Länder wird erobern können, aber niemals durch die sogenannten Demokratisierungskampagnen der westlichen Bourgeoisie und der östlichen Dissidenten. Die andere Frage ist die nach den Bedingungen für die Organisation einer wirksamen Klassensolidarität mit besonders benachteiligten Arbeitergruppen.

Es steht zunächst fest, daß man von bürgerlichen Politikern welcher Partei auch immer keine Solidarität, sondern höchstens Heuchelei zu erwarten hat. Und hinter ihren heuchlerischen Versprechungen steht immer die Drohung mit der nackten Gewalt in Verteidigung der Ordnung. Eine Mobilisierung der Arbeiterklasse für die *Kampfsolidarität* ist ebensowenig von der GdED (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands), an die sich die Reichsbahner in ihrer Isolierung wandten, oder von irgendeiner DGB-Gewerkschaft zu erwarten. Der DGB hat noch nie zugelassen, daß die Arbeiter die strengen Sitten und den Anstand der Sozialpartnerschaft verletzen. Er ist zwar im Gegensatz zum ostdeutschen FDGB formal vom Staat unabhängig, erfüllt aber als Garant des sozialen Friedens die Funktion, die Arbeiterklasse

an den Staat und die kapitalistische Wirtschaft zu ketten.

DGB und GdED haben sich zunächst über den Streik ausgesprochen. Erst am vorletzten Tag meldete sich die GdED zu Wort, hatte aber den Streikenden nichts anderes zu bieten als ein paar nette Worte der "Solidarität" und totale Demoralisierung: Der Kampf sei aussichtslos und solle aufgegeben werden; "umsetzungswilligen" Reichsbahnern werde man schon bei der Bundesbahn Arbeitsplätze vermitteln.

Hiermit machte sich die Gewerkschaft zum Bestandteil des Zusammenspiels sämtlicher in Berlin anwesenden bürgerlichen Kräfte: Die Ostberliner Führung, die mit Verleumdung der Streikenden als "Terroristen", Massenentlassungen und massivem Einsatz der Bahnpolizei - flankiert von SEW-Schlagtruppen - reagierte; der Westberliner Senat, der die Streikforderungen von vornherein als unerfüllbar erklärte und lediglich im Verein mit dem Arbeitsamt einigen Entlassenen Hoffnung auf einen neuen Arbeitsplatz machte; alle politischen Parteien und die bürgerliche Presse, welche natürlich den Streikenden Honig um den Bart schmierten und die Sache polemisch gegen die DDR ausnutzten, im gleichen Atemzug aber von der Aussichtslosigkeit des Streiks sprachen; die - bei Einsätzen gegen Streikende schon bewährte - Westberliner Polizei, die "zum Schutze" der Streikenden eingriff mit Genehmigung der westlichen Alliierten; und schließlich die Alliierten selbst, die hohe Offiziere zwecks "Beschwichtigung" (d.h. Einschüchterung) an die Streikfront schickten.

Eine Kampfsolidarität, auf die die Reichsbahner angewiesen waren, kann - wie man schon aus diesem Überblick der Haltung der verschiedenen politischen Kräfte ersieht - nur durch eine selbständige Organisation der Arbeiter ins Leben gerufen werden. Der Streik der Reichsbahner hat trotz seines Scheiterns eine große Bedeutung für alle kämpferischen Arbeiter, sei es um zur richtigen Einschätzung der verschiedenen politischen Kräfte anhand eines krassen Beispiels zu gelangen, was wichtig ist, damit man bei künftigen Kämpfen nicht wieder in Fallen hineintappt, sei es weil er erneut bestätigte, daß man im Hinblick auf den Kampf eine Organisation vorbereiten muß: Wir hatten keine Organisation, die den Streik in allen Bereichen zusammenfaßte, sagte sinngemäß ein Reichsbahner. Dies ist verständlich bei einer ersten Kampferfahrung, dies ist zugleich aber eine wesentliche Lehre des Kampfes. Gerade eine solche Streikorganisation kann die Bildung eines Unterstützungskomitees ermöglichen, das kämpferische Arbeiter aus anderen Betrieben sowie Arbeitslose in disziplinierter Zusammenarbeit mit der Streikleitung zusammenfaßt, um den Streikenden bei den verschiedenen Aufgaben - von technischen Aufgaben bis hin zur Verteilung von Flugblättern, von der Unterstützung der Streikposten bis hin zur Organisation von Solidaritätsveranstaltungen - selbstlos zu helfen. Auf den Reichsbahnerstreik zurückblickend und im Hinblick auf die zukünftigen Kämpfe muß man für die Notwendigkeit der organisatorischen Vorbereitung der Streiks und ihrer Unterstützung eintreten

Die Kommunisten und die gewerkschaftliche Aktion

Die Frage des Verhältnisses zwischen der Partei und den ökonomischen Kämpfen kann man nur verstehen ausgehend von der Natur und Funktion der Partei selbst, welche ja die Partei des bewaffneten Aufstands und der proletarischen Diktatur ist.

Der bewaffnete Aufstand und die Diktatur bilden die entscheidenden Etappen im revolutionären Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Sie sind die *grundlegenden Prinzipien*, auf denen die Kontinuität der Partei beruht. Im Gegensatz zum Opportunismus, der in den Tageserfolgen die Daseinsberechtigung der Partei erblickt, sind sämtliche politischen, organisatorischen und taktischen Äußerungen der kommunistischen Partei *immer* und *überall* diesen Prinzipien unterworfen.

Ohne eine organisierte und kampferprobte Partei, die klar definierte Ziele verfolgt und über ein genaues Programm verfügt, die eine strenge Zentralisation und Disziplin kennt und die Diktatur entschlossen auszuüben weiß, wäre es unmöglich, den revolutionären Kampf mit Erfolg zu führen. Es wäre unmöglich, nach der Machteroberung die noch verbleibende Kraft der nationalen und internationalen Bourgeoisie wirksam zu bekämpfen, dem Eindringen der kleinbürgerlichen Korruption und Zersetzung in die Reihen des Proletariats zu begegnen und die Zerstörung der alten Gesellschaft in Angriff zu nehmen.

Dasselbe gilt für den Aufstand, der von der *Organisation der Berufsrevolutionäre* geplant, koordiniert und geleitet werden muß. Für die Erfüllung dieser Aufgabengaben ist eine langfristige Vorbereitung notwendig. Sie muß erfolgen in dem Bewußtsein, einem Feind gegenüberzustehen, der über ein riesiges Verteidigungs- und Angriffspotential verfügt und außerdem auf eine umfangreiche Erfahrung politischer Herrschaft zurückblickt. Diese Erfahrung hat die Bourgeoisie sowohl aus ihrem eigenen revolutionären Kampf gegen den Feudalismus als auch aus ihrem langen Kampf gegen das Proletariat gewonnen und sie wurde noch durch die Entartung proletarischer Parteien und Führer, die sich in den Dienst der feindlichen Klasse stellten, bereichert.

Angesichts dieser Tatsachen kommt jede *fatalistische* Auffassung, die die revolutionäre Vorbereitung, den bewaffneten Aufstand und die Diktatur als spontanes Ergebnis der Bewegung begreift, einem Verzicht auf die Revolution gleich.

Dagegen fordert die Partei, gerade im Namen dieser höchsten Aufgaben, in ihren Reihen die größte Zentralisation, weist sie jeden Fatalismus in organisatorischen Fragen und, was ihre organische Aktivität angeht, jede Form des Föderalismus zurück. Nur die organisatorische *Feuchtigkeit* der Kommunisten wird es der Avantgarde der Klasse ermöglichen, das gesamte Proletariat zu leiten.

Im Namen dieser Prinzipien bekämpft die kommunistische Bewegung den Fatalismus im Hinblick auf den Bildungsprozeß der Partei selbst: Diese muß, um den Aufgaben der revolutionären Periode gewachsen zu sein, schon *vorher* auf theoretischer, programmatischer und taktischer Ebene vorbereitet sein und sich organisatorisch gefestigt und in den Klassenkämpfen bewährt haben. Sicherlich werden sich im Laufe der revolutionären Kämpfe spontan aus den Massen heraus Führer entwickeln. Dies ist eine zwangsläufige und unentbehrliche Erscheinung. Sie kann aber nur unter der Voraussetzung nutzbar gemacht werden, daß die Partei führend und zentralisierend in die Kämpfe eingreift, um die gesamte Bewegung zu vereinheitlichen und auf die großen revolutionären Aufgaben hinzulenken.

Ohne eine Partei, die sowohl in der Lage war, die Massen im Juli 1917 zurückzuhalten, als auch im Oktober 1917 den Aufstand zu organisieren, hätte sich der Kampf der revolutionären Massen in Rußland wie ein ausströmendes Gas verflüchtigt, wäre er wie in Deutschland 1919 in einem riesigen Blutbad geendet.

WARUM ES UNERLAESSLICH IST, EINEN EINFLUSS AUF DIE KLASSE ZU GEWINNEN

Die wichtigste Aufgabe heute ist also die *revolutionäre Vorbereitung*, die zwei dialektisch miteinander verbundene Aspekte kennt: die Formierung und Stärkung der Partei und die Ausdehnung ihres Einflusses, denn die Partei kann die Revolution nicht mit ihren eigenen Kräften "machen".

Die bolschewistische Partei stützte sich bei der Machtausübung auf die Sowjets, in denen große Massen organisiert waren, die nicht zur Partei gehörten, in ihr aber den Führer ihres Kampfes erblickten. Die Rote Armee wurde von der Partei organisiert und geführt, sie bestand aber in ihrer

überwiegenden Mehrheit aus Proletariern und Bauern, die nicht der Partei angehörten, sie jedoch um den Preis ihres Lebens unterstützten. Ohne die tatkräftige Unterstützung der Gewerkschaften, die ebenfalls von den Bolschewiki geführt wurden, ohne ihre Mitarbeit bei der Durchführung der ökonomischen und sogar militärischen Politik der von der Partei errichteten Sowjetmacht hätte sich, wie Lenin sagte, die Diktatur keine 2 1/2 Monate halten können.

Der Sieg im bewaffneten Aufstand ist nur möglich, wenn die Partei zuvor Einfluß und die aktive Unterstützung der kämpfenden Massen gewonnen hat. In jenen zugespitzten Augenblicken des Kampfes spüren diese Massen, daß der Aufstand und die Diktatur den unentrinnbaren Weg ihrer Emanzipation bilden, und sie sind dann zu den größten Opfern bereit, um sie durchzusetzen.

Sowohl vor als auch nach der Revolution wird die Partei immer nur eine *Minderheit der Klasse* umfassen. Gerade deshalb erfordern die revolutionäre Vorbereitung und die Revolution selbst die Ausdehnung ihres Einflusses im Proletariat. Es handelt sich hierbei um eine Aufgabe, die immer auf der Tagesordnung steht, selbst nach der Revolution.

Es kann nicht darum gehen, hinter reaktionären Vorurteilen der Massen herzulaufen. Der Ausbruch der Klassegegensätze treibt die Proletarier zum Kampf an mehreren Fronten. Worum es geht und gehen wird, ist, diese kämpfenden Proletarier für die Prinzipien der kommunistischen Bewegung und also die von diesen Prinzipien geleitete Kampfführung der Partei zu gewinnen.

Propaganda und Rekrutierung allein reichen aber nicht aus, um diesen Einfluß zu erweitern. Es ist notwendig, an den Arbeiterkämpfen teilzunehmen, was ebenfalls eine Arbeit der Organisation der Arbeiter und der Erprobung eines Einflusses darstellt.

Gerade die gewerkschaftlichen Kämpfe geben ein breites Feld für die Erweiterung dieses Einflusses ab, da sie die materiellen Interessen der breitesten proletarischen Schichten, ja letztendlich das gesamte Proletariat betreffen. Gleichzeitig bilden sie den Boden für die Organisation der gesellschaftlich entscheidenden Teile des Proletariats.

Sicherlich wird ein erstes Stadium in der Entwicklung der Partei durch die Vorherrschaft der Propaganda und der Rekrutierung im Hinblick auf die Bildung eines Parteikerns gekennzeichnet. Aber man darf dies nicht undialektisch sehen. Schon diese Entwicklung der Partei und die Wahrnehmung der *Gesamtheit* ihrer Aufgaben setzt ein ständiges Bemühen voraus, an den Arbeiterkämpfen teilzunehmen, um somit zugleich ihren Einfluß zu erweitern und die politisch reifen Elemente in ihre geschlossene und zentralisierte Organisation aufzunehmen.

Zweifellos ist der Einfluß, den die Partei in einer bestimmten Periode ausüben kann, das dialektische Ergebnis der Kontinuität ihrer Aktion einerseits und der Gesamtheit der subjektiven und objektiven Faktoren, die unabhängig sind von der Partei und auf der sozialen Bewegung lasten andererseits. Solche Faktoren sind z.B. die heute noch wirkende schreckliche Trägheitskraft der letzten Konterrevolution, das Vorhandensein anderer sich als revolutionär bezeichnender Strömungen, die Entwicklung der ökonomischen Lage, die gemeinsamen Manöver von Bourgeoisie und Opportunismus usw.

Die Partei muß über eine klare Untersuchung der "äußeren" Bedingungen verfügen und, hiervon ausgehend, genau einschätzen können, inwieweit die Aktion der Avantgarde auf die kurz- und langfristige Entwicklung der Lage Einfluß nehmen kann. Es ist unerläßlich, diese Lageeinschätzung mit der unnachgiebigsten Verteidigung der politischen und theoretischen Grundlagen der Partei zu verbinden, um nicht vom revolutionären Weg abzukommen und aktivistischen Abweichungen zu verfallen, die - auf der Suche nach sofortigen und vorübergehenden Erfolgen - das mächtige Band zwischen Theorie, Prinzipien, Programm, Taktik und Organisation zerreißen und die Zukunft der Bewegung der Gegenwart opfern.

Die Partei ist weit davon entfernt, die großen grundlegenden Betrachtungen zugunsten vorübergehender Tagesinteressen beiseitezuschieben, denn, wie Engels bemerkte, das ist und bleibt Opportunismus.

Jede "unmittelbare" Aktion der Partei muß also strengstens den kommunistischen Prinzipien unterworfen sein, damit die Ausdehnung ihres Einflusses und ihre eigene organisatorische Stärkung zu zwei Bestandteilen *ein und derselben* revolutionären Vorbereitung werden.

o o

Die grundlegenden Fragen, die man hinsichtlich der unmittelbaren Kämpfe gewerkschaftlicher Natur stellen muß, betreffen den Ursprung und das Ziel dieser Kämpfe einerseits und die Aktion der Partei, um aus ihnen einen spezifischen Boden der revolutionären Vorbereitung zu machen, andererseits.

Der tägliche Kampf zwischen Bourgeois und Proletariern bildet das erste Stadium der Verteidigung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter. Die Kommunisten machen es sich zur Aufgabe, diesen Kampf zu stärken, auszudehnen und zu organisieren, denn eine Klasse, die nicht in der Lage ist, sich zu verteidigen, ist schon gar nicht fähig, zum Angriff überzugehen und eine breite Bewegung mit dem Ziel der eigenen Emanzipation in Gang zu setzen. Als erstes Stadium der *Arbeitersolidarität* stellt dieser tägliche Kampf einen ersten Schritt zur Überwindung der Konkurrenz zwischen den Arbeitern dar, eine Konkurrenz, die der Kapitalismus täglich aufs Neue hervorbringt und verschärft.

Es ist richtig, daß - wie Engels in der *"Lage der arbeitenden Klasse in England"* schreibt - *"etwas mehr als Arbeiterverbindungen und Turnouts (Streiks) nötig ist, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu brechen"*. Hierfür sind in der Tat eine politische Bewegung, die Partei, der bewaffnete Aufstand, die Diktatur nötig. Aber *"gerade weil sie sich (gemeint sind die Streiks), wenn auch nur einseitig, nur auf beschränkte Weise gegen die Konkurrenz, gegen den Lebensnerv der jetzigen sozialen Ordnung richten, gerade deshalb sind sie dieser sozialen Ordnung so gefährlich"*. Denn, wie es schon in *"Manifest der Kommunistischen Partei"* hieß, *"das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter"*.

Nur eine politische Bewegung kann dieser Konkurrenz *umfassend* entgegenwirken, die mangelnde Einheit der Bewegung und Aktion der Massen überwinden und sie trotz der verschiedenen Kampffronten zusammenfassen. Nur die Aktion der Partei, die dem Ganzen eine einheitliche Führung gibt, kann dies verwirklichen. Ja mehr noch, dies wird erst dann voll und ganz verwirklicht werden können, wenn die Diktatur des Proletariats der Partei mächtige politische, ökonomische und kulturelle Mittel in die Hand gibt, die es ermöglichen, die zentralen Tendenzen innerhalb der ausgebeuteten Klasse auf ein Minimum zu reduzieren, bis sie mit den Klassen selbst völlig verschwinden werden. Aber die Verbissenheit, mit welcher die Bourgeoisie die gewerkschaftliche Bewegung (z.B. durch die Integration der Gewerkschaften in den Staatsapparat) zu neutralisieren und bei den Streiks, selbst wenn ihr dies riesige Verluste einbringt, als Sieger hervorzugehen versucht, zeigt ganz deutlich, wo die potentielle Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft liegt: in der Solidarität und Kraft der Arbeiter. Diese ergeben sich aus dem gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter zwar nur teilweise und unvollständig, zeigen aber den Ausbeuteten, welchen Weg sie einschlagen müssen, um sich durchzusetzen.

DER ÖKONOMISCHE KAMPF. "KRIEGSSCHULE DES KOMMUNISMUS"

Da der Widerstand gegen die täglichen Schikanen des Kapitals im Grunde das gesamte Proletariat betrifft, muß die gewerkschaftliche Klassenbewegung versuchen, die breitesten Massen der lohnabhängigen Ausbeuteten zu gewinnen und die engen Berufsinteressen zu überwinden, um ihre Kräfte auf die allen Arbeitern gemeinsamen materiellen Interessen zu konzentrieren. Dabei muß sie den am meisten diskriminierten Arbeiterschichten, die durch außergewöhnlich ungünstige Umstände an jedem organisierten Widerstand gehindert werden, besondere Aufmerksamkeit schenken (ausländische Arbeiter, Frauen, Landarbeiter, Arbeiter in Kleinbetrieben usw.).

Da die Partei sich immer dessen bewußt ist, daß der gewerkschaftliche Kampf nur gegen bestimmte *Auswirkungen*, nicht aber die *Ursachen* der kapitalistischen Ausbeutung gerichtet ist, macht sie die ökonomischen Kämpfe nie zu einem Selbstzweck. Ganz im Gegenteil wird sie die Arbeiter ständig dazu erziehen, daß die Grundlagen der Ausbeutung allein durch die Eroberung der politischen Macht zerstört werden können. Jedes andere Prinzip muß zwangsläufig zu einer bürgerlichen, einer trade-unionistischen Politik führen, wie dies in der englischen Arbeiterbewegung der Fall war, die *"sich seit einer Reihe von Jahren ausweglos im engen Kreis der Strikes um Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit (dreht), und zwar nicht als Not-*

behelf und Mittel der Propaganda und Organisation, sondern als letzten Zweck. (...) Es kann also von einer Arbeiterbewegung hier nur insofern die Rede sein, als hier Strikes vor sich gehen, die siegreich oder nicht, die Bewegung keinen Schritt weiterführen". (Engels an Eduard Bernstein, 17. Juni 1879)

Um die unmittelbaren Kämpfe über den engen Kreis, von dem hier die Rede ist, herauszuheben und sie zu einem Mittel der revolutionären Propaganda und Organisation zu machen, ist es notwendig, daß die politische Avantgarde der Klasse in diese Kämpfe eingreift, um ihnen durch ihre Aktion eine Entwicklungsmöglichkeit zu verleihen, die sie *als solche nicht erreichen können*.

In den revolutionären Perioden können die unmittelbaren Kämpfe und die ökonomischen Organisationen für die Mobilisierung der breiten proletarischen Massen eine entscheidende Rolle spielen, und die Partei des bewaffneten Aufstands und der Diktatur wird sie in ihre Strategie zur Eroberung der Macht einbeziehen müssen.

Man denke nur an ihre Bedeutung als Organisations- und Agitationszentren, als Transmissionsriemen für die Direktiven der Partei, als Hebel, um die rückständigsten Arbeiterschichten für den Kampf zu erwecken. Man denke nur daran, welche hervorragende Kraft vom Generalstreik der Massen, dem Vorspiel zum Aufstand, ausgeht, um den bürgerlichen Widerstand zu lähmen und zu zersetzen.

Die Partei tritt für die breitestmöglichen Arbeiterorganisationen ein und wendet sich dagegen, daß für die Teilnahme der Arbeiter an den ökonomischen Kämpfen und Organisationen politische Vorbedingungen gestellt werden. Nichtsdestoweniger verwirft und bekämpft sie ganz entschieden die Theorie von der politischen Neutralität der Gewerkschaften, zumal die Kommunisten aus Prinzip für die Erhebung des größtmöglichen Einflusses auf die Klassenorganisationen und für die Erhebung ihrer Führung kämpfen. Die Theorie von der Neutralität gereicht nur der Bourgeoisie zum Vorteil und sie liefert die gewerkschaftliche Bewegung der bürgerlichen Arbeiterpolitik, dem Trade-Unionismus, dem Reformismus aus.

LEST! ABONNIERT!

Il programma comunista
Communist program
Kommunistikó Programma
programme communiste

Indem die Partei auf dem spezifischen Boden der gewerkschaftlichen Kämpfe ihre Aktion der Propaganda, der Agitation, der Organisation und Führung entwickelt, kann sie aus diesen Kämpfen eine Bühne der *revolutionären Vorbereitung* machen, eine "Kriegsschule des Kommunismus".

Natürlich können diese kurzen Betrachtungen das Thema nicht erschöpfend behandeln. Sie stellen auch nur den einleitenden Artikel einer Reihe über die Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes, die wir in den weiteren Ausgaben dieser Zeitung veröffentlichen werden, dar. Diese Betrachtungen müssen auch im Zusammenhang gesehen werden mit den Arbeiten der Partei über die Gewerkschaftsfrage sowohl in theoretischer Hinsicht, als auch in Bezug auf die Taktik. Diese Fragen werden behandelt insbesondere in den *"Thesen über die Taktik"*, Rom 1922, in *"Kommunistisches Programm"* Nr. 13, *"Revolutionäre Partei und ökonomische Aktion"* (1951) und *"Die Position der Partei zur Gewerkschaftsfrage"* (1972), beides in der Broschüre *"Was heißt es, den Marxismus zu verteidigen?"* sowie in dem Artikel über den DGB in Proletarier Nr. 6.

o o o

Um den Hindernissen und dem Feind, die es zu besiegen gilt, gewachsen zu sein, erfordert die Revolution eine äußerst ernsthafte Vorbereitung: *wissenschaftliche* Genauigkeit auf der Ebene der Theorie, der Prinzipien und des Programms; *strenge* Konsequenz auf organisatorischer Ebene, um insbesondere der Partei jene Zentralisation und jene festen Grenzen zu verleihen, die für den revolutionären Kampf von Anfang bis Ende unabdingbar sind; ständiger Kampf und ständiges Bemühen, den Einfluß der Partei auf die Klasse zu erweitern; Erlernen der Kunst des Kampfes und schließlich Beherrschung der Kunst des bewaffneten Aufstands. Kurzum, es handelt sich darum, eine feste und dem politischen Kampf unter allen Bedingungen gewachsene internationale Partei zu schmieden. Hier liegt die unerläßliche Voraussetzung, damit die tiefen Krisen des Kapitalismus sich in eine Revolution verwandeln.

Internationale Aktivität unserer Partei

Durch das Verschwinden jeglicher sozialen Bewegung im Herzen des Weltkapitalismus und die vorübergehende Versumpfung des Proletariats im Morast bürgerlicher Ideologien hatte es in der Vergangenheit einen zeitweiligen und trotz aller Anstrengungen unvermeidlichen Stillstand in der Arbeit an der Verknüpfung von Partei und Klasse gegeben. Übrigens war dieser Stillstand überaus bedeutungsvoll für die Wiederaufrichtung des durch feindliche Klassenkräfte zerstörten Gebäudes der marxistischen Theorie. 35 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs bahnt sich nun eine Periode kapitalistischer Instabilität an, die es unserer Partei zusehends erlauben wird, den *Schwerpunkt* ihrer internationalen Tätigkeit auf die unmittelbare Vorbereitung der politischen, taktischen und organisatorischen Maßnahmen zu verlagern, welche der keimhaft entstandene aber vor allem der zukünftige Arbeiterkampf verlangt.

In der Tat widerspiegelt die Tätigkeit der Partei sowohl "nach außen" als auch in ihrer inneren Formation und Arbeitsweise diese veränderte Lage und beweist damit ihre Fähigkeit, geänderten Anforderungen und "höheren" Aufgaben gerecht zu werden. Um dies deutlich zu machen, geben wir im folgenden ein kurzes Panorama des internationalen Parteilebens der jüngsten Zeit.

INTERNATIONALE PARTEIVERSAMMLUNGEN

- Zentrale Versammlung

Die kürzlich stattgefundene zentrale Versammlung behandelte Fragen, die sich bezüglich der internationalen Parteiarbeit stellen, also die Entwicklung unseres organisatorischen Netzes und die Stärkung unserer Presseorgane betreffen. Jene Versammlung befaßte sich zudem mit der Arbeit an einem internationalen Manifest der Partei, welches Anfang nächsten Jahres in Form einer Broschüre definitiv fertiggestellt und in verschiedenen Sprachen veröffentlicht wird. Dieses Manifest wird zeigen, daß gerade die krisenhafte Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche und das Hineintreiben der bürgerlichen Welt in einen neuen imperialistischen Weltkonflikt die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, der zentralisierten kommunistischen Weltpartei und des Kommunismus beweisen und materiell auf die Tagesordnung setzen. Es wird die Kontinuität der marxistischen Partei vom Bund der Kommunisten über die III. Internationale zu unserer Partei darlegen und das Programm der Partei sowie ihre Aufgaben in den Teilkämpfen erklären.

- Gewerkschaftsversammlung

Diese Versammlung befaßte sich mit der internationalen Koordination der Parteiinterventionen in den unmittelbaren Kämpfen. Sie beschränkte sich zunächst auf die wirtschaftliche und soziale Lage Italiens, Spaniens und Frankreichs und zeigte den augenfällig gleichartigen Charakter der Kapitaloffensive und die spezifischen Methoden der Bourgeoisie und

ihrer bezahlten Arbeiterbürokratien sowie die Reaktionen darauf. In diesem Zusammenhang wurden die Interventionen der Partei erörtert, insbesondere der Kampf gegen die Entlassungen in Italien, die Arbeit unter den Arbeitslosen in Spanien und unter den immigrierten Arbeitern in Frankreich.

- Generalversammlung der Partei zur Frage des Krieges

Es dürfte selbstverständlich sein, daß die Partei sich in einer geschichtlichen Situation, welche alle Weichen auf einen dritten imperialistischen Weltkonflikt gestellt hat, mit der Frage des Krieges beschäftigt. Eine der letzten Generalversammlungen hat sich daher mit der grundsätzlichen Haltung des Proletariats zu den verschiedenen Formen des Krieges (fortschrittlich, revolutionär, reaktionär) beschäftigt, während eine zweite Generalversammlung daran anknüpfend die politischen Auseinandersetzungen, die mit dem zweiten Weltkrieg zusammenhängen, behandelte.

NEUE PUBLIKATIONEN DER PARTEI

Ein deutliches Zeichen dafür, daß unsere Partei sich politisch und organisatorisch in dem Maße stärkt, wie die objektive internationale Lage eine politische "Nachfrage" nach der kommunistischen Perspektive erzeugt - und sie erzeugt sie unweigerlich in wachsendem Maße -, ist die Herausgabe von politischen Organen der Partei in neuen Gebieten. Die Tatsache, daß unsere Partei in der Lage ist, die große Verantwortung zu tragen, die mit der systematischen politischen Intervention in Form der kommunistischen Presse z.B. im Maghreb gegeben ist, bestätigt zwei Dinge. Einerseits zeigt dies, daß auch dort, wo vormalig der Kapitalismus schwach entwickelt war und die sozialen Kämpfe von nationalen und bürgerlichen Überlagert wurden, der Maulwurf des Klassenkampfes sein Werk zu tun beginnt. Hier hat also der Kapitalismus für uns gearbeitet, indem er eine Bourgeoisie und ihren Antipoden, das Proletariat, schuf, aber auch dadurch, daß er die Bourgeoisie dieser jungen bürgerlichen Gebiete zwang, ihren revolutionären Habitus abzulegen und sich als offen anti-proletarische Klasse zu erkennen zu geben. Andererseits zeigt dies die *politische Stärke* unserer Partei, die damit ihren Charakter als *die* revolutionäre Weltpartei des Proletariats unterstreicht und ihr organisatorisches Gefüge international ausdehnt.

Unser politisches Organ für den Maghreb, *El Oumami* (Der Internationalist), erscheint regelmäßig seit 2 Jahren mit einem französischen und einem arabischen Teil. Jüngst erschien in französischer Sprache eine Kampfbroschüre in der Reihe *Les cahiers d'El Oumami* (Hefte des Internationalist) mit dem Titel: *Le syndicalisme en Algérie, 1919 - 1979* (Der Gewerkschaftskampf in Algerien, 1919 - 1979). Darüberhinaus konnten wir vor Kur-

zem unsere erste Publikation auf *persisch* herausbringen, die eine Kritik an der wichtigen iranischen Strömung Fedayin des Volkes enthält. *Die Fedayin und die Frage des Staates*, so lautet der Titel dieser Broschüre.

Für das spanischsprechende lateinamerikanische Gebiet erscheint seit 1978 zu unserer spanischen Zeitung *El Comunista* eine Beilage mit dem Titel *El Proletario*. Es ist dies kein Zufall zu einer Zeit, wo sich der kubanische Castrismus und das Guerillatium als ohnmächtig und reformistisch erwiesen haben und für Lateinamerika die Perspektive der proletarischen Weltrevolution offen zutage tritt.

Wir wollen es nicht unterlassen, hier darauf hinzuweisen, daß die Partei anlässlich des Militärputsches in der Türkei in Griechenland ein Flugblatt verteilen konnte, das gegen den griechischen und türkischen Chauvinismus zum proletarischen Internationalismus aufrief.

PARTEIARBEIT IN DEUTSCHLAND

- Zeitschrift und Zeitung

Auch hier, in einem der Brennpunkte der zukünftigen Klassenauseinandersetzungen, hat die Partei seit einigen Jahren Fuß fassen können. Unser in deutscher Sprache erscheinendes theoretisches Organ *Kommunistisches Programm* widerspiegelt die wesentlichen politischen und theoretischen Fragen, mit denen sich unsere internationale Organisation befaßt. Es ist ein wichtiges Instrument zur Formation und Orientierung einer wahrhaften, parteimäßigen Sektion in diesem Teil Europas. Allein, eine theoretische Zeitschrift ist noch keine politische Zeitung. Sie kann nicht die Funktion eines Instruments zur unmittelbaren politischen Intervention erfüllen. Die Fähigkeit der Partei, seit fast zwei Jahren die politische Zeitung *Proletarier* veröffentlicht zu können, zeigt deutlich, daß in Deutschland eine Parteiorganisation herangewachsen ist, die mithilfe dieses entscheidenden Instruments eine wirklich parteimäßige Arbeit der inneren Formation und der "äußeren" Intervention zu leisten imstande ist. Der *Proletarier* - und das wird deutlich in jeder Nummer - ist eine der *internationalen Zeitungen* der Partei, die sowohl die globalen Stellungnahmen und Orientierungen der international einheitlichen Parteiorganisation wiedergeben als auch ihren spezifischen Beitrag für den deutschen Sprachraum leisten kann.

- Die öffentlichen Veranstaltungen

Ausdruck einer gestärkten (in den Grenzen der heutigen insgesamt immer noch konterrevolutionären Situation, versteht sich) *politischen* Interventionsfähigkeit der Partei sind auch die öffentlichen Veranstaltungen. In Einklang mit einer Reihe solcher Veranstaltungen in Frankreich und Italien haben wir in Berlin und Hannover die politische Stellungnahme der Partei zu den Arbeiterkämpfen in

Polen in öffentlichen Vorträgen dargebracht. Hier wurden jene Positionen, die wir im Proletarier Nr. 10 dargelegt haben, ausführlich referiert. Als Einladung zu diesen Veranstaltungen verteilten wir ein Flugblatt, das die wichtigsten positiven Lehren des Klassenkampfes in Polen, aber auch seine Grenzen formulierte und den Mythos vom Sozialismus im Ostblock als durch die harten Tatsachen jenes Kampfes widerlegt anprangerte. Die polnischen Ereignisse sind eine Bestätigung unseres jahrzehntelangen politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für das Wiederentstehen des Klassenkampfes in West und Ost. Der Kampf unserer Partei wird also durch die soziale Wirklichkeit schlagend bestätigt.

Der erhöhten politischen Aktivität der deutschen Bourgeoisie vor den Bundestagswahlen trugen wir Rechnung, indem wir - im Rahmen unserer heutigen Möglichkeiten - in verschiedenen Formen *unsere Antwort* auf das ideologische Geprassel der Demokraten gaben. Dies war umso mehr notwendig, als gerade diese Wahl die Funktion zu erfüllen hatte, die Elastizität des bürgerlichen Parteiensystems gegenüber einer gewissen untergrundartigen sozialen Unzufriedenheit zu überprüfen und zugleich zu erhöhen. Das erste Mal seit Jahrzehnten stellte sich die bundesdeutsche Bourgeoisie die Frage nach der Wirksamkeit der Überkommenen politischen Mechanismen und ging zu "neuen" alten Methoden über. Der politischen Einschüchterung durch "Strauß" und dem Wiedereinschwören aller potentiell Abtrünnigen vom politischen System der Bourgeoisie auf die Sozialdemokratie und also auf den bürgerlichen Staat mußte also sowohl eine deutliche Entlarvung des Manövers als auch das Herausstellen der wahrhaftigen Perspektive gegenüber der gesamten bürgerlichen Ordnung entgegengestellt werden.

Mit einem ausführlichen politischen Artikel in unserer Zeitung, einer öffentlichen Veranstaltung in Berlin und Hannover und einem dazu verteilten Flugblatt versuchten wir, die uns kennzeichnende politische Antwort auf die Kampagne der Bourgeoisie zu geben. Trotz unserer heute noch minimalen Möglichkeiten haben wir damit einen klaren politischen Gegenpol zu der immensen Anziehungskraft der bürgerlichen Offensive gebildet.

- Gewerkschaftsarbeit

Im September fand eine Versammlung zur gewerkschaftlichen Tätigkeit der deutschen Sektion der Partei statt. Im Mittelpunkt dieser Versammlung stand ein Referat, welches die internationalen Erfahrungen unserer Partei auf diesem Gebiet zusammenfaßte. Jener inzwischen reichlich angehäufte Erfahrungsschatz unserer fortgeschrittenen Sektionen muß - da wir eben eine internationale Partei sind, die *überall*, aber zeitlich unterschiedlich denselben Weg beschreitet - aufgearbeitet und nutzbringend verwertet werden, damit die sehr junge deutsche Sektion auch auf diesem Gebiet ihren Aufgaben gerecht werden kann.

Das Proletariat und der Krieg Iran/Irak

Die Haltung des revolutionären Proletariats zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran ergibt sich aus der Natur dieses Krieges selbst, der nicht einmal ein Quentchen eines nationalen fortschrittlichen Charakters hat, sondern auf beiden Seiten ein Raubkrieg ist. Zwei kapitalistische Staaten kämpfen um die Vorherrschaft als Lokalpolitisten der imperialistischen Weltordnung in einem dafür entscheidenden Gebiet (Erdöl! Strategischer Knotenpunkt! Sozialer Brandherd!). Die Ziele, die auf beiden Seiten verfolgt werden, sind anti-proletarisch. Beide Staaten laufen sich seit langem bei der Unterdrückung nationaler Minderheiten (man denke allein an die Kurden) und des Proletariats den Rang ab. Nun möchte der Irak die Schwächung des Iran ausnutzen, um die Kontrolle über die Erdölfelder dieses Landes zu ergattern, die iranische Rolle des Hilfspolitisten des Golfs an sich zu reißen und eine Ausdehnung des sozialen Brandes über die iranischen Grenzen zu verhindern. Diese Ziele verfolgend, spekuliert der Irak auf die Unzufriedenheit der unterdrückten arabischen Minderheit im Nachbarland. Der Iran seinerseits sieht im Krieg die lang ersehnte Möglichkeit, die Kontrolle über das eigene Proletariat und die aufständischen nationalen Minderheiten - also nicht zuletzt über das Proletariat der Erdölgebiete - zu verschärfen, den Burgfrieden gegen den "Aggressor" durchzusetzen, die Disziplin in den Streitkräften wiederherzustellen und last but not least die Zusammenarbeit mit den USA unter günstigen Bedingungen wiederanzu-

kurbeln.

Durch den internationalen Zusammenhang gewinnt der Konflikt zudem den Charakter eines Gliedes in der Kette der Auseinandersetzungen zwischen den großen imperialistischen Mächten, einer Kette, die schließlich in den III. Weltkrieg münden wird. Während Frankreich (angespornt durch seine Waffenlieferungen und Erdölbezüge) aber auch Japan mehr oder weniger offen ihre Sympathien für den Irak zeigen, nehmen die anderen imperialistischen Mächte und zwar vor allem die USA und die UdSSR eine abwartende Haltung ein, ohne sich endgültig auf eine Seite festzulegen: Damit beweisen sie einerseits, daß sie sowohl den Iran als auch den Irak als ihren jeweiligen Stützpunkt zu akzeptieren bereit sind. Andererseits ist der Zeitpunkt noch nicht gekommen, wo nach der iranischen Krise eins der beiden Länder bewiesen hätte, sich für den Posten entschieden besser als das andere zu eignen. Solange der Konflikt regional begrenzt und die Erdölwege sicher bleiben, warten die zwei Supermächte (trotz ihrer jeweiligen "Sympathien") noch ab und machen das Waffengeschäft von heute, ohne das noch größere Geschäft von morgen zu gefährden.

Für das Proletariat kann die Lösung nur heißen: keine Solidarität mit der eigenen Bourgeoisie, was in den imperialistischen Metropolen bedeutet: gegen jede selbst pazifistisch getarnte Intervention, um die internationale Kampfolidarität der Arbeiterklasse und den aktiven revolutionären Defätismus vorzubereiten.

In Verteidigung der Kontinuität der Parteiarbeit in Deutschland

Wie in allen anderen Schriften zur Frage der Parteiorganisation zeigten wir in den zwei letzten Ausgaben des "Proletarier" - in den Artikeln über "Die unabdingbare Notwendigkeit der Partei" und über "Revolutionären Kampf, Klassenpartei und kommunistische Militanz" -, daß die Frage der Militanz sich nicht auf der Ebene der unverbindlichen Sympathie für ein Programm, der verbalen Anerkennung von Prinzipien oder der literarischen Begeisterung für theoretische Erklärungen stellt. Sie entscheidet sich vielmehr auf der Ebene der politischen Disziplin gegenüber dem Programm, den Prinzipien, der Theorie und den taktischen Richtlinien und - auf dieser Grundlage - der unentbehrlichen Arbeitsdisziplin bei der Bewältigung der Gesamtheit der Parteiaufgaben. Gerade die politische Disziplin - die sich im Rahmen eines strikten internationalen Zentralismus verwirklicht - liefert den Gradmesser für die Assimilierung der Parteipositionen und für die Integration in die Partei. Dementsprechend wird die Bildung und Erweiterung einer Parteisektion durch eine unerbittliche Selektion gekennzeichnet, die - zumal nach den Verwüstungen der stalinistischen Konterrevolution und ohne den Rückhalt einer mächtigen sozialen Bewegung - einen langwierigen und oft schmerzlichen Prozeß darstellt. Wem die Parteipositionen und die Parteidisziplin wie eine Bremse für die individuelle Entfaltung vorkommen oder wer in ihnen ein Hindernis erblickt für das - Übrigens erwiesenermaßen vergebliche - Bemühen, durch Aktivismus bzw. durch das Verwischen der organisatorischen und prinzipiellen Grenzen der Partei größere politischen Erfolg zu erreichen,

der wird sich gezwungen sehen, sich von der Partei zu entfernen. Dies ist ein natürlicher politischer Prozeß, und es besteht in der Regel keine Veranlassung, auf seine einzelnen Episoden einzugehen. Wenn wir es heute ausnahmsweise doch tun, so weil ehemalige Mitglieder und Sympathisanten unserer Berliner Sektion, die sich in einem zunehmenden Widerspruch zur Partei befanden, nicht davor zurückschreckten, einen Handstreich gegen die Partei durchzuführen und sich eines grossen Teils unserer Publikationen und unseres Arbeitsmaterials - d.h. wichtiger Instrumente unseres Kampfes - sowie unseres Lokals in Berlin zu bemächtigen. Die Wiederherstellung unseres Publikationsbestandes und unserer Arbeitsausrüstung erfordert Ausgaben, die für unsere Kräfte sehr hoch sind. Wir machen daher einen besonderen

Spendenauf!

an unsere Leser. Unterstützt uns durch Arbeitsmaterial, Geldspenden, Förderabos und Werbung neuer Leser und Abonnenten!

Geldspenden können auf folgende Konten überwiesen werden:

Gert Eichhorn - edition programm
Postcheckkonto 9635-107 - Berlin-West

il programma comunista
conto corrente postale 18091207 - Milano

Postcheck zugunsten vom "Proletaire",
20, rue Jean Bouton, F-75012 Paris

Presserechtlich verantwortlich
Gert Eichhorn

Druck: Movimento Druck
1000 Berlin 61